sollte abgeführt werden; die erregte Volksmenge drängte gegen ihn. Darauf schossen die französischen Soldaten zwischen die Leute. Ein einarmiger Kriegsinvalide wurde getötet und drei Personen schwer verwundet. In der Stadt entstand wegen dieses Vorfalles eine neue Erregung. Die Vertreter der deutschen politischen Parteien in Oppeln erließen folgende Bekanntmachung:

„Der bedauerliche Übergriff französischer Soldaten hat die politische Leitung der deutschen Bevölkerung veranlaßt bei dem kommandierenden General von Oppeln sofort die Forderung zu erheben, daß den französischen Posten das Schießen verboten wird, solange sie nicht mit der Waffe in der Hand angegriffen werden. Diese Forderung ist bewilligt worden. Die französischen Soldaten dürfen also jetzt nur schießen, wenn sie angegriffen werden.

Eine Warnung an Polen.

Der Botschafterrat in Paris setzte die Prüfung der Maßnahmen fort, die dazu geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen und die Gemüter zu beruhigen. Er beschloß, die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregelungsfrage zu unterrichten. Dieselbe unterliegt noch der Prüfung. Keinerlei Entscheidung ist bisher gefallen. Der Botschafterrat beschloß anderseits einen Schritt bei der polnischen Regierung zu unternehmen, um sie aufzufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen.

Verschlimmerung der Lage.

Infolge der Untätigkeit der französischen Besatzung hat sich die allgemeine Lage womöglich noch verschlimmert. In Hindenburg verhafteten die Polen 20 Personen, deren Namen noch unbekannt sind. Gestern wurden Hallersoldaten in Uniform und in voller kriegsmäßiger Ausrüstung einwandfrei beobachtet. Nach Kattowitz kam nachts eine Anzahl Hallersoldaten durch die französische Postenkette in das Innere der Stadt mit schußbereitem Gewehr. Die Insurgenten sind weiter in das Stadtinnere vorgedrungen. Die Reichsbankstelle ist noch nicht besetzt. Bei dem Grenzübergang bei Sosnowice und bei Schoppinitz ist es zum Einmarsch von ausgerüsteten Soldaten und irregulärer polnischer Trains gekommen. Auch von der Kreuzburger Gegend her werden starke polnische Grenzübertretungen gemeldet. Man befürchtet dort einen Angriff auf die Eisenbahnlinie, die nach Breslau führt, weil diese zurzeit die wichtigste Verbindung Oberschlesiens mit Deutschland ist. Um den vielumkämpften Bahnhof von Kandrzin wurde wieder gestritten. Die Polen fuhren mit einem Panzerzug ein. Die deutsche Gegenwehr wurde unter schweren Verlusten versprengt und der Bahnhof besetzt. Ein deutsch-italienischer Gegenangriff im Gange. Mit Pleß und Rybnik bestehen keine Verbindungen. Auf der Eisenbahnstrecke bei Gogolin haben die Polen die Gleise gesprengt. Die Italiener in Nikolai wandten sich nach Oppeln um Hilfe, weil sie sich zu schwach fühlen. Vom Bahnhof Nikolai wurde die polnische Flagge heruntergeholt. Längs der Bahn haben sich die Aufrührer festgesetzt, wodurch ein Viertel der Stadt abgeschnitten ist. Auch bei Czerwionka entwickelte sich ein äußerst heftiges Gefecht, wobei die Italiener 30 Tote, über 40 Verwundete und 15 Gefangene verloren. Zurzeit ist Kosel mit seinem großen Oderhafen schweren polnischen Angriffen ausgesetzt, wobei die Polen angeblich 500 Tote verloren haben.

Ein „unglücklicher Zwischenfall" für Lloyd George.

Im englischen Unterhause erklärte Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Harmsworth, die Lage in Oberschlesien sei ungeklärt, doch würden Anstrengungen gemacht, um die Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken zu erzielen. Die alliierten Regierungen erwägten die von der Volksabstimmungskommission zur Beilegung der Schwierigkeiten gemachten Vorschläge und seien auf das äußerste bestrebt, die Ordnung wiederherzustellen und die Polizei durch lokale Rekrutierung zu stärken. Lloyd George erklärte: Es ist ein sehr unglücklicher Zwischenfall, der gerade in dem Augenblick eintritt, wo die deutsche Regierung eine Entscheidung in der Entwaffnungsfrage trifft. Wir sind im Begriff, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben.

Die öffentliche Meinung in England ist übrigens fast einhellig der Ansicht, der Polenaufruhr sei eine vorsätzliche Herausforderung, die durch Frankreich gestützt und genährt werde.

•

Der Weg zur Arbeit.

Eine englische Stimme.

Anläßlich der Ereignisse in Oberschlesien ist eine Äußerung von Wert, die das englische Blatt „Saturday Review" bei Gelegenheit des Abstimmungsergebnisses veröffentlichte. Wir geben die Stelle im folgenden wieder, ohne uns im übrigen jede Einzelheit zu eigen zu machen. Das Blatt schreibt:

Der Sieg in der oberschlesischen Abstimmung ist in ganz Deutschland mit großem Jubel gefeiert worden. Deutschland hat in den Städten, den Bergwerken, den Industriegebieten gesiegt. Es konnte gar nicht anders sein, da diese Gebiete gänzlich unter deutscher Herrschaft stehen. Dagegen ist Deutschland in den ackerbauenden Bezirken unterlegen, aber das wird ihm nicht allzu viel ausmachen. Die Gesetzgeber sollten aus dieser Abstimmung etwas lernen! Sie beweist, daß Deutschland sich jetzt auf seine industrielle Armee verlassen kann, wie es früher mit seiner militärischen Armee der Fall war. Deutschland kämpft mit Krallen und Zähnen, während wir dasitzen und über Phantasien von einer neuen Welt spintisieren. Deutschland geht den einzig richtigen Weg, der zum Erfolge führen kann: den Weg fleißiger Arbeit. Es fehlt jetzt in Deutschland noch an vielen Dingen, aber an arbeitswilligen Arbeitern ist kein Mangel, und deshalb wird es alle Hindernisse überwinden, gleichgültig, ob Wiedergutmachungen an ihm zehren oder nicht. Elsaß-Lothringen gehört jetzt zu Frankreich, aber es bleibt abzuwarten, was Frankreich aus diesem Lande machen wird, das Deutschland durch seinen Handel und seine Industrie zum Reichtum geführt hat. Es ist ein allgemein menschlicher Zug, daß die Leute auf gutes Essen, gute Kleidung, und dazu Zeit zur Erholung mehr geben als auf Fahnen und patriotische Reden. Von diesen Dingen kann weder Polen noch Elsaß-Lothringen in Zukunft leben, und deshalb werden diese Länder von Deutschland abhängen, wie auch immer die Grenze gelegt wird!

In diesen Zeilen des englischen Wochenblattes zeigt sich das Bestreben, dem deutschen Fleiße und der deutschen Tüchtigkeit gerecht zu werden. Freilich davon, daß die Engländer sich bloß utopistischen Träumereien hingeben, haben wir bis jetzt nichts bemerkt. Auch ist sehr in Zweifel zu ziehen, daß ein Volk, und sei es noch so tüchtig und arbeitswillig, auf die Dauer seiner Zukunft gewiß sein kann, wenn fortgesetzt der Feind sprungbereit steht, um ihm die Früchte seines Strebens zu rauben. Ehe die Engländer und die Amerikaner nicht einsehen, daß ihr eigener Vorteil im Wiedererstarken des deutschen Volkes liegt, wird die eine Schwalbe leider keinen Sommer machen. Auf französischer Seite können wie bei der sattsam bekannten „Eigenart" dieses Volkes eine solche vernünftige Erkenntnis leider erst erwarten, wenn es ihnen einmal wieder herzlich schlecht gehen wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Reichsarbeitsnachweisgesetz.

Das kommende Gesetz soll die einheitliche, reichsrechtliche Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung bringen mit dem Ziele, durch Verteilung der Arbeit nach dem Grundsatze wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit einer Lebensfrage unseres Volkes gerecht zu werden. Planmäßig soll die Organisation des Arbeitsnachweiswesens von den örtlichen Arbeitsnachweisen als Gemeindeeinrichtungen ausgehen, denen für größere, wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke Landesämter für Arbeitsvermittlung übergeordnet sind, die wiederum ihre fachliche Spitze im Reichsamt für Arbeitsvermittlung finden. Um die Arbeitsvermittlung einheitlich zu gestalten, ist vorgesehen, die bestehenden Formen der Arbeitsnachweise in die allgemeine Organisation einzugliedern oder sie ihr in zweckmäßiger Form anzugliedern. Dies gilt für die paritätischen Facharbeitsnachweise wie für die Arbeitsnachweise von Innungen und Landwirtschaftskammern und die Vermittlungseinrichtungen gemeinnütziger Vereine. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung soll unter Gewährung einer längeren Übergangszeit aufgehoben werden. Wesentliche Bedeutung ist der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den verschiedenen Arten der Arbeitsnachweisämter beigemessen, die besonders in den Fachausschüssen stark ausgebaut ist.

Provinziallandtag gegen Oberpräsident.

Der Provinziallandtag der Provinz Pommern hatte bekanntlich einen Antrag an die Staatsregierung gerichtet, den Posten des Oberpräsidenten anderweitig zu besetzen. Dazu schreibt nun der amtliche preußische Pressedienst, daß der Provinziallandtag mit diesem Antrag seine Befugnisse überschritten habe, da eine solche Stellungnahme weder in der Provinzialordnung noch in der Verfassung eine Stütze finde.

Keine Deutschen als russische Geiseln.

Die Berliner „Rote Fahne" hatte die Meldung gebracht, daß die Sowjetregierung eine Anzahl Reichsdeutscher als Geiseln für den hier verhafteten reichsdeutschen Kommunisten Friesland festgesetzt habe. Aus diesem Anlaß waren in der Presse Angriffe gegen die deutsche Regierung erhoben worden. Wie der vom Auswärtigen Amt zum Bericht aufgeforderte deutsche Vertreter in Moskau nunmehr drahtet, ist die Meldung vollkommen aus der Luft gegriffen. Bei dem Außenkommissariat in Moskau ist von einer Verhaftung Reichsdeutscher als Geisel für Friesland nichts bekannt.

Frankreich.

× **Deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau.** Das von dem Kongreß der Geschädigten aus den verwüsteten Gebieten am 22. April in Paris eingesetzte Aktionskomitee ist jetzt zusammengetreten. Die Vertreter der Departements Somme, Pas de Calais, Nord, Meuse, Aisne und Marne haben die Zustimmung der Bevölkerung ihrer Bezirke zum Wiederaufbauplan des Allgemeinen Arbeiterverbandes, d. h. zur Verwendung deutscher Arbeitskräfte und Materiallieferungen zum Ausdruck gebracht.

Großbritannien.

× **Der Kronprinz von Japan in London.** Der Kronprinz von Japan ist in London eingetroffen und am Bahnhof vom König empfangen worden. Zu Ehren des Kronprinzen wurde im Buckinghampalast ein Festessen gegeben, bei dem der König von England und der japanische Kronprinz Trinksprüche ausbrachten, in denen sie die Bedeutung der Aufrechterhaltung des englisch-japanischen Bündnisses im Interesse des Weltfriedens betonten.

Ministerverbrauch in Deutschland.

Erscheinungen der veränderten Zeit.

Das Deutsche Reich bekommt einen neuen Kanzler. Seit dem 9. November 1918, seit zwei und einem halben Jahre also, ist es der sechste. Der erste war, aber nur für wenige Stunden, Herr Ebert, der jetzige Reichspräsident. Dann kam mit der Regierung der Volksbeauftragten eine kanzlerlose Zeit. Mit dem Zusammentreten der Nationalversammlung gab es Reichsminister mit einem den Titel „Reichskanzler" führenden Ministerpräsidenten an der Spitze. Der zweite, dritte und vierte Reichskanzler in der deutschen Republik, die Herren Scheidemann, Bauer und Hermann Müller, gehörten den Reihen der Mehrheitssozialdemokraten an. Die Neuwahlen zum Reichstage mit ihrer Verschiebung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse brachten eine neue Reichsregierung und den fünften Reichskanzler, Herrn Fehrenbach vom Zentrum. Jetzt tritt der sechste Reichskanzler der neuen Zeit auf den Plan. Die Bedeutung der Stellung eines heutigen deutschen Reichskanzlers ist nicht entfernt mit der eines früheren deutschen Reichskanzlers zu vergleichen. Ehemals war der Reichskanzler allein verantwortlich für die gesamte Politik des Reiches; er war der Vorgesetzte der die Geschäfte führenden Staatssekretäre. Jetzt ist der Reichskanzler der Genosse der übrigen Reichsminister, von denen jeder die Verantwortung für die Vorgänge in seinem Amtsbereich trägt. Dazu kommt der Unterschied in der Machtstellung des ehemaligen Deutschen Reiches und der des jetzigen.

Was war ein Reichskanzlerwechsel früher, und was ist er heute? Sieht man davon ab, betrachtet man die Angelegenheit nur rein zahlenmäßig, so findet man, daß das jetzige Deutsche Reich in dreißig Monaten schon zum sechsten Reichskanzler gelangt ist, während das frühere Deutsche Reich in vierundvierzig Jahren insgesamt nur fünf Reichskanzler gehabt hat. Herr von Bethmann Hollweg, der bei Ausbruch des Krieges an der Spitze des Deutschen Reiches stand, war der fünfte Reichskanzler der alten Zeit. So gering war der Reichskanzlerverbrauch früher, und wie stark ist er heute! Die Erklärung dafür ist ohne weiteres gegeben. Früher hatten wir eine Obrigkeitsregierung, und jetzt werden wir parlamentarisch regiert; in parlamentarisch regierten Ländern aber ist der Ministerverbrauch unendlich größer als in solchen mit Obrigkeitsregierung. Das trifft im allgemeinen rundweg zu, bedarf aber in den gegenwärtigen, so ungemein bewegten Zeiten einer Einschränkung. Ohne Zweifel würde auch ein Deutschland mit Obrigkeitsregierung unter den heutigen Verhältnissen einen weit stärkeren Ministerverbrauch haben als in ruhigeren Tagen. Der Ansturm von Ereignissen, der jetzt zu beobachten ist, und die riesenhaften, fast unlöslichen Aufgaben, die heute zu bewältigen sind, würden auch bei Ausschaltung parlamentarischer Einflüsse immer wieder neue Minister erfordern. Einen Beweis dafür, allerdings einen zum Teil anfechtbaren, bieten die beiden letzten Jahre des Krieges.

Herr von Bethmann Hollweg war, wie schon hervorgehoben, der fünfte Reichskanzler. Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, so hätte er vielleicht als höchster Beamter des Reiches an der Feier des fünfzigjährigen Bestehens dieses Reiches teilnehmen können. Die Ereignisse des Weltkrieges vermochte er aber in seiner Stellung nicht zu überdauern. Er mußte von seinem Platze weichen, und in den knapp anderthalb Jahren, die dem früheren Deutschen Reiche zu leben noch vergönnt waren, hat es nicht weniger als drei Reichskanzler gegeben: Dr. Michaelis war der sechste, Graf von Hertling der siebente und Prinz Max von Baden der achte. Dieser erhebliche Reichskanzlerverbrauch in so kurzer Zeit war durch die Ereignisse veranlaßt. Aber, so wird man hier einwenden, in dieser Zeit hatten wir auch keine Obrigkeitsregierung mehr. Dr. Michaelis war der letzte, ohne Befragung und Zustimmung des Reichstags ernannte Reichskanzler. Alsdann wurde das Deutsche Reich schon parlamentarisch regiert. Das ist richtig. Man muß aber berücksichtigen, daß durch die Ereignisse die Macht des Reichstags erheblich gesteigert worden war. Ohne diese Ereignisse hätte die Einführung des parlamentarischen Systems noch auf sich warten lassen. Wie dem aber auch sei, die Tatsache, daß der Freistaat Deutschland, ungeachtet seines erst so kurzen Daseins, gegenwärtig schon den sechsten Reichskanzler hat, ist nicht allein auf den Parlamentarismus zurückzuführen. In einer so schnellebigen Zeit wie der heutigen können auch Minister und Reichskanzler kein langes Leben haben.

A.

25 Jahre
unsere Kleinkinderbewahranstalt „Elisabethstift"

Wir hatten bereits an dieser Stelle erwähnt, daß demnächst unsere Kleinkinderbewahranstalt „Elisabethstift" die Feier ihres 25jährigen Bestehens feiern kann. Heute wollen wir unsere gesch. Leser auf die morgen Freitag stattfindende Feier durch einen besonderen Artikel verweisen. Hören wir, was der jeweilige Schriftführer des Institutes berichtet:

A. Rückblick
über die Vorgeschichte der Entstehung unserer Kleinkinderbewahranstalt „Elisabethstift".

Im Jahre 1882 übermittelte der Kaufmann Herr R. Gustav Thieme in Leipzig dem hies. Stadtrat einen Fond von 2083 Mk. 84 Pfg. aus Dankbarkeit darüber, daß seine Tochter Elisabeth, welche auf ärztliches Anraten zur Erholung in unserer Stadt verweilte, von einem schweren Leiden geheilt wurde, und bestimmte diese Summe zur Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt.

Durch weitere Zuwendungen in den folgenden Jahren, sowohl seitens der Stadtvertretung, wie auch durch Veranstaltungen von Konzerten, einer Lotterie, und Beiträge von Freunden und Gönnern, darunter auch der hies. Männergesangverein, war das zur Verfügung stehende Vermögen nach und nach auf über 7000 Mk. angewachsen.

Das Komitee, das sich bereits vor dem Jahre 1882 gebildet hatte, und dem früher satzungsgemäß auch der Bürgermeister, die 3 Stadträte, der Ortspfarrer, ein Lehrer und der Oberförster zugehörte, unternahm nun am 12. April 1889 die Gründung des Vereins: Kleinkinderbewahranstalt „Elisabethstift" mit anfänglich 25 Personen als Mitglied, von denen nur noch Herr Kantor i. R. Spänich und Oberlehrer Meusel am Leben sind.

Trotzdem wäre es dem Vereine nicht so leicht möglich gewesen, den Plan zu verwirklichen, wenn sich nicht noch ein besonders hochherziger Wohltäter in Herrn Buchhändler Dr. Weber in Leipzig gefunden hätte, und demselben noch 6000 Mk. schenkungsweise überließ.

So konnte nun am 16. April 1896 das ehemals Dr. Heinz'sche Privatgrundstück, Langestraße 44 in Naunhof für 12000 Mk. erworben und am 14. Mai desselben Jahres die Anstalt eröffnet werden.

Als Aufseherin und Lehrerin in der Kleinkinderbewahranstalt wurde lt. Vertrag die im Kindergärtnerinnen-Seminar zu Leipzig ausgebildete Frau Agnes verw. Freytag mit monatlich 30 Mk. Gehalt nebst freier Wohnung, Feuerung und Beleuchtung angestellt. Das Gehalt wurde im Jahre 1902 auf 60 Mk., 1919 auf 80 Mk. und seit 1. Oktober 1920 auf 200 Mk. monatlich erhöht.

Im Jahre 1911 wurde die sich nötig machende Statutenänderung vorgenommen.

Zu Ehrenmitgliedern des Vereins wurden im Laufe der Jahre ernannt: Herr Kaufmann Thieme und Herr Buchhändler Dr. Weber, Leipzig (beide bereits verstorben), sowie des Letzteren Ehegattin Frau verw. Dr. Weber.

An Vermächtnissen sind dem Verein im Laufe der Jahre zugeflossen:

a. von Herrn Privatmann Hoffmann	300	Mk.
b. Herrn Stadtrat Militzberg	1000	„
c. Herrn Franke jun.	1000	„
d. Herrn Dr. Weber	500	„
e. Herrn Privatmann Fritzsche	500	„
f. Herrn Privatmann Hausmann	1000	„

B. Rückblick auf die Kinderbewahranstalt „Elisabethstift" zu Naunhof, zur Erinnerung des 25jährigen Bestehens der Anstalt.

Am Himmelfahrtstage 1896 konnte endlich, einem langjährigen dringenden Bedürfnis entsprechend, der langersehnte Wunsch unserer Bevölkerung verwirklicht, die Kinderbewahranstalt eröffnet und andern Tags, den 15. Mai mit 50 Kindern in Betrieb gesetzt werden. Dies erreicht zu haben, war hauptsächlich der Hochherzigkeit und Opferwilligkeit der Herren: Kaufmann Thieme aus Leipzig, Buchhändler Dr. Weber, Leipzig und Versicherungs-Direktor Franke, Naunhof, in Verbindung mit dem rastlosen Bemühen mehrerer Naunhofer Herren zu verdanken.

Insgesamt 1175 Kinder im vorschulpflichtigen Alter von 3–6 Jahren haben in den 25 Jahren in dieser Anstalt unter gewissenhafter Aufsicht Bewahrung, Anregung, Belehrung und leibliche Verpflegung gefunden. Von früh ½7 Uhr (im Winter von ½8) bis abends 6 Uhr steht die Anstalt den Kleinen zur Verfügung; auch über Mittag verweilen sie darin.

Sonnige und heitere Zeiten konnten die kleinen Insassen der Anstalt an sich vorüberziehen lassen, aber auch sorgenvolle schwere Tage galt es in dem letzten Zeitabschnitt besonders für den Gesamtvorstand zu überwinden. War es in den ersten Jahrzehnten des Friedens ein Leichtes, bei den bescheidenen Ansprüchen der Anstaltsleiterin, wie auch bei den billigen Lebensmittelpreisen, die Kleinen zu sättigen und den Betrieb immer aufrecht erhalten zu können, so brachten doch die Kriegsjahre, hauptsächlich aber die nach denselben einsetzende Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, in Verbindung mit der allgemeinen Entwertung unseres Geldes, auch unsere Anstalt in schwere Bedrängnis.

Zunächst versuchten wir dieselbe zu überwinden durch mannigfache, besondere Einnahme bringende Veranstaltungen, wie musikalische und Gesangsdarbietungen, Vorträge, Lotterie und dergleichen, und immer fanden wir wieder, wie auch bei den jährlichen Haussammlungen unter den hiesigen Ortsbewohnern bereitwillige Herzen und gebende